

Übersicht zu den Positionen ausgewählter Parteien zur Kommunalwahl in Gelsenkirchen 2025

Liebe Jugendverbandler*innen,

hiermit möchten wir, euer BDKJ-GE, euch eine Übersicht der Positionen von den 6 „großen Parteien“, welche aktuell im Rat der Stadt vertreten sind, zur Verfügung stellen. Wir haben diese auf Grundlage der von den Parteien veröffentlichten Wahlprogrammen erstellt und die mutmaßlich für junge Menschen interessantesten Forderungen und Bestrebungen in 9 grobe Oberthemen zusammengefasst. Nutzt diese Übersicht gerne zur Vorbereitung auf die anstehende Kommunalwahl – ob wahlberechtigt oder noch nicht. Unten findet ihr noch einen methodischen Vorschlag zur Arbeit mit eurer Gruppe. Unter den weiterführenden Links findet ihr Informationen zu den 6 weiteren Parteien, die bei der Kommunalwahl 2025 in Gelsenkirchen antreten werden (WIN, TIERSCHUTZ, Die PARTEI, AUF, BSW und GUT).

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Kinder- und Jugendarbeit & Ehrenamt	<ul style="list-style-type: none"> - bestehende Jugendverbände sollen weiter unterstützt werden - Stärkung der Jugendbeteiligung und Prüfung von Rede- und Antragsrecht des Jugendrats im Rat der Stadt und seinen Ausschüssen - gezielte Unterstützung von Projekten zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen sowie zur Prävention von Gewalt, Sucht und Diskriminierung - Sicherstellung der weiterhin kostenfreien Nutzung der städtischen Sportanlagen für Vereine - Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte und Einsatz für mehr Qualifizierungs- sowie Unterstützungsangebote für ehrenamtliche Kräfte¹ 	<ul style="list-style-type: none"> - mehr Wertschätzung, finanzielle Förderung und gute Rahmenbedingungen für Vereine und bürgerschaftliches Engagement - Einrichtung eines Informationstages, an dem sich Ordnungs- sowie Zivildorganisationen und ihre Arbeit jungen Menschen vorstellen können - Entlastung des Ehrenamts durch weniger Bürokratie, mehr Ansprechpartner, direkten Austausch und politische Begleitung² 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von selbstorganisierten und kostenfreien Aufenthaltsorten - Ausbau von Streetwork und Stärkung mobiler Jugendarbeit (insb. präventive Angebote für Jungen und junge Männer) - einheitliche Verfahren, Regeln und Sanktionen in (Sport-)Vereinen bei Fehlverhalten, Angriffen, Mobbing oder sexuellen Übergriffen - Unterstützung der Arbeit der Ehrenamtsagentur - Stärkung der breiten und vielfältigen politischen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen³
Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Kinder- und Jugendarbeit & Ehrenamt	<ul style="list-style-type: none"> - Ausweitung des vernachlässigten Heimatunterrichts und Unterstützung von Vereinen, die sich der Pflege der historisch gewachsenen Kultur und der Tradition widmen - Stärkung der Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlicher Tätigkeit durch Aufwertung der Ehrenamtskarte (insb. Ausweitung der Vergünstigungen und Vorteile) - gezielte online und offline Werbekampagnen zur Begeisterung insb. junger Erwachsener für das Ehrenamt in Vereinen und Institutionen - Einsatz für Anreizsysteme, wirksame Gewaltprävention und -eindämmung im Sportbereich, um das Ehrenamt attraktiver zu machen⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - Investitionen in aufsuchende Jugendarbeit zur präventiven Arbeit und Vermeidung von Jugendkriminalität - regelmäßige Gesundheitsworkshops in Kinder- und Jugendhäusern zur Förderung von Stressbewältigung und gesunder Lebensführung - weiterhin Auflage kommunaler Förderprogramme für Sportvereine - Engagement Ehrenamtlicher soll z.B. durch die günstigere Nutzung von Schwimmbädern oder des ÖPNV honoriert werden - Reduktion der Bürokratie und rechtlicher Hürden für Vereine - gezielte Einbindung der Babyboomer-Generation für das Ehrenamt⁵ 	<ul style="list-style-type: none"> - Einbezug von Kindern und Jugendlichen bei sie betreffenden Entscheidungen im Stadtrat - besondere Förderung von Einrichtungen, in denen Jugendliche selbstbestimmt mitwirken können - gänzlicher Verzicht auf Gebühren für Kinder und Jugendlichen in kommunalen Einrichtungen nach Möglichkeit - Schutz von Jugendzentren vor Sparpolitik - Empowerment und Ausbau städtischer Jugendtreffs als sicheren Orten für junge Menschen (insb. mit gezielten Angeboten für queere Jugendliche und junge FLINTA - Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen) - mehr Sozialarbeiter*innen an Schulen, Jugendtreffs und Anlaufstellen (insb. mit Schwerpunkt auf Gewaltprävention, queerer Aufklärung und individueller Begleitung) - besondere Förderung von Projekten und Vereinen mit hohem Anteil an Kindern, Jugendlichen, Migrant*innen und einkommensschwachen Menschen⁶

¹ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 11ff & S. 24f

² vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 12, S. 36 & S. 39

³ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 11, S. 42f & S. 48

⁴ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 10, S. 55f & S. 72

⁵ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 27, S. 30 & S. 34

⁶ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 19f, S. 39 & S. 52

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Schule & Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Aufbau eines Bildungs- und Innovationscampus zur Vernetzung von Schulen, Weiterbildungs- sowie Forschungseinrichtungen und Unternehmen - dauerhafte Aussetzung der Elternbeiträge für KiTas - Einführung verpflichtender Sprachtests im Vorschulalter und Ausbau der Sprachförderungsangebote - Ausbau und Umstrukturierung der offenen Ganztagsangebote sowie engere Verzahnung mit Sportvereinen - zügige Modernisierung sowie Aus- und Neubau, aber auch flächendeckend gute Ausstattung von KiTa- und Schulgebäuden - Einführung von Dialog- und Mitgestaltungsforen für Eltern und Schüler*innen - Ausbau der individuellen Talentförderung, Erleichterung der Zugangsmöglichkeiten zu altersunabhängigen Weiterbildungsmöglichkeiten - besondere Fokussierung auf Gesamtschulen als bildungsgerechte Schulform - Einsatz für mehr Lehrkraft-Fortbildungen im Bereich Medien und Vielfalt - Einsatz für ein gesundes Frühstück für jedes Kind - Einsatz für die Schaffung tragfähiger Rechtsgrundlagen für die Einführung von Handyverböten an Schulen - Einsatz für die Zukunftssicherheit für Förderschulen und verbesserte Umsetzung von Inklusion an Regelschulen - Ausbau von Strukturen zur Verbesserung der Anschlussfindung von jungen Menschen nach der Schule - zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für Schulen und KiTas in herausfordernden Lagen⁷ 	<ul style="list-style-type: none"> - Prioritätensetzung auf die systematische Sanierung aller Schulen (insb. WC-Anlagen) und konkrete Ausbauplanung - Schaffung moderner Lernorte durch Investitionen in Digitalisierung, Barrierefreiheit und Energieeffizienz - Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung für Lehrkräfte und Schaffung gezielter Anreize - Stärkung des IT-Supports durch IT-Koordinatoren an Schulen - Stärkung der Frühförderung (insb. Sprache, Gesundheitsvorsorge und soziale Kompetenzen) - verbindliche Sprachförderung und Zielquote von mind. 75% mit deutschen Sprachkenntnissen in jeder Regelklasse - Einrichtung von Erdmännchen-Gruppen zur Kleingruppenförderung von Kindern mit besonderem Bedarf - Etablierung eines Privatschulangebots und Erhalt der konfessionellen Grundschulen - Erhalt und Ausbau von Förder-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien sowie Schaffung neuer Gesamtschulplätze, um der hohen Nachfrage zu begegnen - Einführung eines einheitlichen Anmeldeverfahrens für alle weiterführenden Schulen - Ausbau von dauerhafter Schulsozialarbeit an jeder Schule: Prävention von Schulverweigerung und Abbrüchen, aber auch Übergang Schule-Beruf verbessern durch frühzeitige individuelle Beratung und Begleitung, zudem gezielte Förderprogramme (z.B. Brückenprojekte zum Wiedereinstieg) - Förderung klarer Regeln und Respekt- sowie Anti-Gewalt-Programmen an Schulen - Einführung der verpflichtenden Unterrichtsthemen Beruf, Wirtschaft und Arbeit ab der 5. Klasse - weiterhin Aussetzung der KiTa-Beiträge sowie Beitragsbefreiung der Offenen Ganztagschule (OGS) und Einführung eines Pflicht-KiTa-Jahres - systematischer Ausbau der Gesundheitsbildung an Schulen und KiTas (insb. Bewegung, Ernährung und psychisches Wohlbefinden) - Neuaufstellung der Jugendberufshilfe und Ausbau der Jugendförderung in den Arbeitsmarkt, mehr Qualifizierung, Schaffung zusätzlicher berufsvorbereitender Maßnahmen und angepasste Ausbildungsmodelle - Vermittlung einer verbindenden gemeinsamen Leitkultur durch das Feiern abendländische Traditionen (z.B. Erntedankfest oder Martinsumzüge) - konsequente Umsetzung des Messerverbots an Schulen, harte Sanktionierung und stichprobenartige Kontrollen - Förderung studentischen Wohnens durch neue Wohnheime im Norden und Süden⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Anpassung der KiTa-Betreuungszeiten an die Bedarfe berufstätiger Eltern und Alleinerziehender - Förderung von Mehrsprachigkeit durch Fachpersonal in KiTas - bessere Bezahlung des KiTa-Personals - Unterstützung von Maßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit - Vereinfachung des Zugangs zum Bildungs- und Teilhabegesetz (z.B. Entbürokratisierung durch Antragsstellung für längere Zeiträume) - Nutzung der Schulbauoffensive zur Gestaltung attraktiver, pädagogischer und klimafreundlicher Lern- und Lebensorte - Gestaltung von Schulen als multifunktionale Stadtteilzentren und Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (z.B. Kirchen oder Sportvereine) - Schaffung zwei neuer Gesamtschulen im GE-Süden wegen der hohen Nachfrage sowie Unterstützung von gegebenen Umwandlungsimpulsen von Sekundarschulen und Gymnasien in Gesamtschulen - Start eines Modellversuchs mit längerem, gemeinsamem Lernen für die Primus-Schule am Junkerweg - Einführung eines kommunalen schulscharfen Sozialindexes zur passgenaueren Ausstattung jeder Schule (insb. Fokus auf die Herausforderungen an Haupt- und Förderschulen) - perspektivische Berücksichtigung von KiTas im Sozialindex - Etablierung einer neuen Realschule im Norden - Aufbau des Bildungs- und Innovationscampus zur konstruktiven Begleitung der Berufskollegs - ganzheitliche Betrachtung des Standort Berger Feld für Gesamtschule und Sportparadies - Stärkung schulischer Präventionsprogramme im Bereich Gewalt und Extremismus - Ausbau multiprofessioneller Teams an Schulen (z.B. Neubemessung der Sekretariatsstellen und so Entlastung der Lehrkräfte durch Übernahme weiterer Verwaltungstätigkeiten, Ausbau Alltagshilfe-Konzept, eine Schulpsychologiestelle pro angefangener 1000 und eine Schulsozialarbeiterstelle pro angefangene 500 Schüler:innen) - zeitnahe Renovierung der oftmals veralteten Förderschulen - Pilotprojekt einer bilingualen KiTa - günstiger Wohnraum für Auszubildende und Studierende in GE-City und Buer - niedrigschwellige Präventionsangebote an Schulen und über soziale Medien zur Gefährdungsbekämpfung klassischer Drogen, aber auch illegaler Vapes - Ausbau von Kooperationsangeboten mit Sportvereinen⁹

⁷ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 6ff, S. 13, S. 22 & S. 25

⁸ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 3ff, S. 11f, S. 16, S. 33f, S. 37 & S. 49

⁹ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 11ff, S. 14, S. 21f, S. 38 & S. 43

Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Schule & Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Beherrschung der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Beschulung zugewanderter Kinder - Einrichtung einer Taskforce aus Schulleitern, KOD und Polizei, um Schulpflichtverletzungen frühzeitig und konsequent durch Beratung, erzieherische Einwirkungen, Ordnungsmaßnahmen, Verfahren bis hin durch die zwangsweise Zuführung zur Schule nachzugehen - bauliche Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden vor digitaler Aufrüstung - Einsatz von Schul- und Digitalisierungsassistenten zur technischen Betreuung vor Ort sowie Ablehnung eines Dauereinsatzes von Tablets an Grundschulen - zur Qualitätssicherung des Regelunterrichts Fokussierung auf Internationale Förderklassen bei der Beschulung Flüchtlings-, Asylbewerber- und Zuwandererkinder und systematische Erfassung und Auswertung von Fehlzeiten und ggf. angemessenes Ziehen von Konsequenzen - Sicherstellung der Vielfalt an Schulformen, des Fortbestands der Förderschulen sowie eine weitere Realschule im Norden - verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulleitungen, Jugendämtern und Bezirksregierung, um Erziehungsdefiziten, Disziplinlosigkeit und Gewaltbereitschaft zu begegnen (bei Bedarf auch dauerhafte Anforderung des KOD) - Ausbau der Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten des Start-Up-Gründungszentrums an der Westfälischen Hochschule (auch schon für Schüler) - Ablehnung der verpflichtenden Teilnahme an der OGS sowie Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen für qualifiziertes OGS-Personal - vergünstigte Kredite für den Erwerb von Wohneigentum, ausreichend kostenlose und schulnahe Parkplätze für Lehrkräfte, die sich verpflichten bis zur Tilgung in GE zu unterrichten - mehr Projektwochen mit naturwissenschaftlich-technischen Themenschwerpunkten statt Klima- und Genderprojekte durch den Einsatz zusätzlicher Fördermittel - Förderung von max. 50% der Kosten von Sanitärpersonal für Schultoiletten - mehr Schließfächer zur Entlastung der jüngeren Schüler - verpflichtendes Deutschsprechen in KiTas sowie Stopp der Genderideologie, Klima-Hysterie und Frühsexualisierung in KiTas und Grundschulen - regelmäßige Kontrollen der Jobcenter-Maßnahmen von Bildungsträgern für Jugendliche und Langzeitarbeitslose gemäß Erfolg und Sicherstellung der Ziele gemäß Konzept - verbessertes Angebot im Schulsport für das Erlernen von Radfahren und Schwimmen¹⁰ 	<ul style="list-style-type: none"> - Entlastung der Familien durch beitragsfreie KiTa-Jahre - Einsatz für verbindliche Bildungsstandards in allen KiTas sowie für Deutsch als Alltagssprache - weiterer Ausbau von KiTas, um die Versorgung sicherzustellen - Sicherung des mehrgliedrigen Schulsystems - Investition der Geldmittel aus dem Startchancen-Programm sowohl in die Sanierung und Renovierung maroder Schulgebäude als auch in die Ausbesserung der technischen Ausstattung (z.B. Whiteboards, Beamer, iPads, schnelles Internet) sowie in den Einsatz von Schulsozialarbeitern an ‚Brennpunktschulen‘ - dauerhafte Themensetzung gegen Ausgrenzung, Intoleranz, Hass und Gewalt an Schulen, statt nur an besonderen Aktionstagen - Einforderung einer Freiwilligen-Tauschbörse von Praktikanten- und Referendariatsplätzen, das Angebot von Stadtrundfahrten, eines regelmäßigen Stammtisches und günstiger Übernachtungsmöglichkeiten für neue Lehrkräfte, um dem Lehrermangel zu begegnen - 10.000€ für ein Pilotprojekt für den Einsatz von Ehrenämtern, die in Ausfallstunden Erste-Hilfe unterrichten sollen - Kooperation von Schulen und Vereinen, um den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz sicherzustellen - Kooperation mit Start-Ups und Einbindung von Unternehmen in den Schulalltag - verbindliche Betriebspartnerschaften an Schulen, Praktika-Angebote und MINT-Förderprogramme ab Klasse 7 zur praxisnahen Berufsorientierung sowie Verstetigung des Netzwerks „Schule trifft Wirtschaft“ in Zusammenarbeit mit Wirtschaftsunternehmen, Kammern und der Agentur für Arbeit - Ausbau dualer Studiengänge sowie Willkommensoffensive für Azubis - Trinkwasserspender an Schulen sowie Zahnputzangebote in der OGS für die Gesundheitskompetenzförderung - Erhalt der Bundesjugendspiele im Wettbewerbscharakter¹¹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen in Tageseinrichtungen und an allen Schulen - Ausbau der KiTas, um den steigenden Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken sowie Ablehnung des Notfallversorgungsschlüssels von 1 Fachkraft + 1 Ergänzungskraft für 60 Kinder und Forderung von besseren Rahmenbedingungen und Begrenzung der Gruppengrößen - gleichgestaltete Regelung im Religionsunterricht: eigene Religion oder Angebot neutralen Unterrichts - Umwandlung von Förderschulen in Schulen mit vernünftiger Integration - KiTa-Plätze, OGS-Plätze und Sprachförderung für jedes Kind - Klassengrößenbegrenzung auf 20 Schüler - Barrierefreiheit aller Schulen und KiTas - Schaffung kommunaler Ausbildungsstellen für Erzieher mit einer Männerquote - Förderung der Zusammenarbeit von Berufskollegs und Arbeitsagentur zur besseren beruflichen Integration - Ausbau der Volkshochschulen, um Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Bürger zu schaffen - Renovierung der Schulen einschließlich der sanitären Anlagen - frühzeitige Vermittlung digitaler Grundkenntnisse in allen Schulformen - keine Bundeswehrwerbung in Schulen und Jobmessen sowie Aufklärung über Widerspruchsrechte gegen die Datenweitergabe an die Bundeswehr - verpflichtende Fortbildungen für alle, die in Schulen und KiTas mit queeren Menschen arbeiten, zur Sensibilisierung und Vermeidung struktureller Diskriminierung) - Förderung der Inklusion in KiTas und Schulen durch bessere Sach- und Personalausstattung - Umstellung der Versorgung aller öffentlichen Kantinen, Schulen und Kindergärten auf vorrangig pflanzliche, ökologische, saisonal und regional erzeugte Nahrungsmittel¹²

¹⁰ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 8, S. 16, S. 40ff, S. 48, S. 50 & S. 74

¹¹ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 5ff, S. 12, S. 32 & S. 34

¹² vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 8, S. 17f, S. 27, S. 34, S. 39f, S. 45 & S. 49

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Digitalisierung & Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der digitalen Infrastruktur (z.B. W-LAN-Qualität) - verbesserte Bekanntmachung der medienpädagogischen Bildungsangebote (z.B. VHS) - Ausbau der Unterstützungsangebote für Bildungseinrichtungen zur besseren Nutzung der digitalen Ausstattung - Ausbau digitaler Kulturangebote und Vernetzung dieser miteinander - Ersatz bestimmter Behördengänge durch eine digitale Alternative und Einführung von Sprechstunden beim Bürgercenter ohne Terminvergabe¹³ 	<ul style="list-style-type: none"> - Impulssetzung mit der sogenannten Ersthelfer-App - Schaffung von modernen und digitalen Teilnehmungsformaten für Bürger - Prüfung und Professionalisierung der modernen Öffentlichkeitsarbeit - Optimierung der Terminvergabe im Bürgercenter und Einführung einer Fastlane-Lösung durch jährliche Prioritätscodes für zwei Anliegen pro Bürger sowie arbeitnehmerfreundlichere Gestaltung der Öffnungszeiten - Digitalisierung und datenschutzkonforme Vernetzung aller Verwaltungsstellen in einem Masterplan Digitalisierung - Stärkung der öffentlichen Beteiligung an kommunalen Gremien und kritische Überprüfung des Livestreams der Ratssitzungen¹⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - modernes, zielgruppenorientiertes Stadtmarketing und ein Stipendium für junge Öffentlichkeitsarbeit - Weiterentwicklung der digitalen Bauakte zur Beschleunigung von Bauvorhaben - eine App für den Zugang zu beiden Wertstoffhöfen auch außerhalb der Öffnungszeiten - ein appgestützter Kultur- und Veranstaltungskalender als Erweiterung der Kulturtipps - Weiterentwicklung der Digitalisierung von Verwaltung und ihrer Prozesse, Papiervermeidung sowie Erledigung vieler Behördenangelegenheiten online - Sicherstellung von barrierefreier Nutzung bei digitalen Serviceangeboten - zeitnahe und umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit zum neuen Ratsinformationssystem zur Verfolgung der Sitzungen - Schaffung hybrider Teilnahmemöglichkeiten und digitaler Abstimmungsinstrumente für Gremiensitzungen¹⁵
Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Digitalisierung & Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> - Entdigitalisierung der (fach-)ärztlichen Terminvergaben (z.B. bei Fachärzten rein telefonisch und ggf. durch persönlich vorbeigebrachte Unterlagen) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung einer Once-only-Garantie und eines Rechtsanspruchs auf digitale Verwaltungsleistungen, sodass Informationen der Stadt nur einmal mitgeteilt werden müssen für alle Verwaltungsleistungen - Ausstattung von Kindern und Jugendlichen mit einem datenschutzkonformen digitalen Ausweis (Chipkarte oder App) mit Hinterlegung aller familienbezogenen Leistungen sowie als digitaler Schülerschein, Ermäßigungen für das Deutschlandticket oder den Büchereiausweis - Einsatz einer digitalen KI-Assistenz im Bürgerservice - Ausschusssitzungen sollen künftig auch in hybrider Form stattfinden können sowie Ermöglichung dessen durch die entsprechende technische Ausstattung der Sitzungsräume, klare Regeln für digitale Beteiligung und Förderung der digitalen Kompetenz von Teilnehmenden - Nutzung der Reichweite von stadtbekanntem Influencern für das Stadtmarketing - Einrichtung eines Online-Portals „GESundheits-App“ in dem aktuelle Gesundheitsdaten, Angebote, eine Arztübersicht und Präventionsprojekte dargestellt werden¹⁶ 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau von kostenfreiem WLAN und öffentlichen Hotspots ohne Registrierung (insb. in Bibliotheken, Schulen, Bürgerzentren oder z.B. im Nordsternpark oder am HBF) - Bereitstellung von digitalen Endgeräten für einkommensschwache Haushalte (z.B. Tablets für Schüler*innen und Studierende) - kostenlose Weiterbildungskurse für digitale Einsteiger*innen - freier und unkomplizierter Zugang zu öffentlich finanzierten Daten, Studien und Statistiken - Stärkung unabhängiger, nicht-kommerzieller Medienplattformen, die von Bürger*innen selbst gestaltet werden können - Umstieg der Stadtverwaltung auf eine sichere, datenschutzkonforme, kostensparende Open-Source-Software (z.B. Linux) und schrittweise auf ein papierfreies Büro hinarbeiten - barrierefreie digitale Verwaltung, die datensicher, mehrsprachig und leicht zugänglich über Websites und Apps ist (ohne dabei analogen Zugang abzuschaffen) - sozial gerechter und schneller Ausbau der digitalen Infrastruktur (insb. ländliche Gebiete und benachteiligte Stadtteile) - gezielte Förderung von Projekten zur Stärkung von Teilhabe und Mündigkeit (z.B. digitale Nachbarschaftsnetzwerke, Community-Medien oder Bildungsangebote)¹⁷

¹³ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 9ff, S. 36 & S. 42

¹⁴ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 16, S. 18, S. 20 & S. 27ff

¹⁵ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 23, S. 33, S. 37, S. 45 & S. 50

¹⁶ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 9ff

¹⁷ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 27f

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Freizeitangebote	<ul style="list-style-type: none"> - Freizeitangebote sollen für alle bezahlbar und leicht zugänglich sein - Förderung von Spielplätzen, familienfreundlichen Parks und Begegnungsorten - Errichtung des inklusiven Mehrgenerationenspielplatzes am ZOB in Buer und Planung weiterer solcher Projekte - Förderung des Zusammenhalts und Bekämpfung von Einsamkeit in Stadtteilen und Quartieren durch Nachbarschaftshilfen, Tauschbörsen und Gemeinschaftsgärten - Bau von mind. zwei weiteren Kunstrasenspielfeldern sowie Sanierung der bestehenden - Fertigstellung des neuen Zentralbads und anschließende Sanierung bzw. Neubau des Sport-Paradies - Ermöglichung des kostenfreien Zugangs zu Theatern, Museen, Konzerten und weiteren Kulturstätten mit einem Kultur-Gutschein-Programm für Kinder und Jugendliche - verstärkte Förderung mobiler Kulturformate (z.B. Open-Air-Kino oder Straßentheater)¹⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von öffentlichen Bewegungsräumen durch niedrigschwellige Sport- und Fitnessangebote in Parks und Quartieren (u.a. Sportboxen oder Bewegungsparks), dabei frühzeitiger Einbezug der Bürgerschaft durch Austausch- und Beteiligungsformate - Stärkung der Einkaufsstraßen, gezielte Bekämpfung von Leerstand und Einführung eines umfassenden Gastronomiekonzepts - Förderung von Märkten, Festen und verkaufsoffenen Sonntagen sowie Weiterentwicklung der Feierabendmärkte durch gezielte Werbung und Rahmenprogramm - Förderung bzw. Re-Etablierung der Weihnachtsmärkte in Altstadt und Buer - Überdachung des Wochenmarkts in Buer - Angebote explizit für Teenager und junge Erwachsene in den Innenstädten - Ausbau und Aktualisierung der kulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche - Vermittlung von gefährdeten Jugendlichen und Vermittlung in Sport- und Freizeitangebote durch mehr Streetworker - Modernisierung und Neuschaffung von Sportstätten sowie effiziente Fördermittelnutzung (insb. Ausbau der Zahl an Kunstrasenplätze) - aktive Förderung neuer und bewährter Sportarten - Einbezug mobiler Schwimmlernkonzepte sowie bedarfsorientierter Neubau des Sportparadies - weiterhin Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen sowie Ausbau von Sportprojekten mit Strahlkraft (u.a. BMX-Leistungszentrum, Eissporthalle oder e-Sport-Standort) - Förderung eines vielfältigen Nachtlebens in beiden Innenstädten¹⁹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau von kostenlosen Bildungs-, Freizeit- und Kulturangeboten für Kinder und Jugendliche - Pop-Up-Restaurants als unterstützende Einstiegsmöglichkeit für Gastronom:innen und mehr Außengastronomie durch vereinfachte Genehmigungen und dauerhafte Parklets - eine zentral gelegene Jugendherberge und ein Hostel - kreative Konzepte für Weihnachtsmärkte (z.B. Kunstmarkt mit solidarischem Eintritt) - attraktive und kostenlose (Indoor-)Spielplätze in zentraler Lage (insb. für Familien) - barrierefreie öffentliche Toiletten in Haupt- und Nebenzentren (auch abends geöffnet) - Sportvereine ausreichend mit Ressourcen ausstatten, bei Verwaltungsarbeit entlasten, das Potenzial von Digitalisierung und Barrierefreiheit steigern - Schaffung einer Cricket-Spielstätte (auch für intern. Turniere), einer BMX-Strecke und Kapazitätserhöhung für Trainings- und Spieleinheiten im American Football - Konkretisierung der Idee, an Zeche Hugo eine Multifunktions-Sport- und Veranstaltungsanlage zu errichten - Neubau des Zentralbads und des Sport Paradies vorantreiben - Etablierung eines regelmäßigen Kino-Angebots im Süden (z.B. Open-Air-Format) - Einsatz für eine lebendige Club-Kultur und Akzeptanz bei Veranstaltungsausrichtungen²⁰

¹⁸ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 11f, S. 24f & S. 36

¹⁹ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 16, S. 20f, S. 23, S. 34, S. 39f & S. 41

²⁰ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 11, S. 22, S. 42f & S. 45

Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Freizeitangebote	<ul style="list-style-type: none"> - Weihnachtsbeleuchtung, die aus „falscher Rücksichtnahme“ weniger geworden ist, wieder verstärken, um gemeinsame Werte und Kultur zu erhalten - Einrichtung einer Monitoring-Stelle für die Instandhaltung von Spielplätzen - Verzicht auf Sondernutzungsgebühren für Gastronomie-Freisitze - Ausbau des Projekts „Open Sunday“ (offene Turnhallen am Sonntag für kostenlose Kinder-Trainingseinheiten) auch zur Gesundheitsförderung - Bau eines BMX-Bundesleistungszentrums - Reaktivierung der traditionellen Trimm-Dich-Pfade an zwei Standorten - Sanierung und Erweiterung von Sportstätten; Stärkung sowie Schulung der Platzwarte und Hausmeister bei der Pflege, Instandhaltung und zum Schutz der Anlagen²¹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Angebot eines stetigen „Talenttag des Sports“ in einer der beiden Innenstädte, wo Sportwillige Schulen und Vereine kennenlernen können - Einsatz für mehr verkaufsoffene Sonntage und attraktive Shopperlebnisse durch mehr Sauberkeit, Sicherheit, gestalterische Aufwertung und Errichtung zusätzlicher Parkmöglichkeiten - stadtplanerisches Hinwirken auf Gastronomie in der Innenstadt durch niedrige Gebühren für Sondernutzungen - Erleichterung und Beschleunigung der Genehmigungen von Pop-up-Stores, temporären Biergärten und Veranstaltungen sowie flexiblere Nutzung öffentlicher Plätze und Straßenflächen für Außengastronomie und Events - Erstellung einer Sportentwicklungsplanung für die Kunstrasenplatzerneuerung, konsequente Sanierung und den Neubau von Sportstätten - moderne Alternative zur Emscher-Lippe-Halle im Norden als neue Mehrzweckhalle - Unterstützung der Olympia-Bewerbung der Metropol-Region Ruhr²² 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung neuer Angebote der kommunalen Daseinsfürsorge, wie z.B. GE-Sozialpass für Museen, Theater und Schwimmbäder - mehr kostenlose Angebote in Kultur, Bildung, Sport und Freizeit für Kinder und Jugendliche - Belebung der Innenstädte durch ein breites Kulturangebot und Wohnprojekte, nicht durch mehr Sonntagsöffnungen - kostenloser Eintritt in Schwimmbäder und vergünstigte Sozialtarife für Transferleistungsbeziehende - Auflage einer „Initiative Vereinssport“, um Kindern bei Schuleintritt ein Jahr Mitgliedschaft im Sportverein zu finanzieren - Sicherung und Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen und städtischer Musikschulen - Sicherung der kommunalen Zuschüsse für örtliche Kunst- und Kulturvereine sowie Pflege der Orte der Erinnerungskultur - Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti - Angebot von Sponsorenmodellen, um freie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes zu bewerben - freier Eintritt in öffentlichen Kultureinrichtungen wie Theater und Konzerthallen für Leistungsbezieher*innen, Schüler*innen, Student*innen und Rentner*innen - Ausbau der öffentlichen und freien musischen Förderung von Kindern von Leistungsbezieher*innen über das Bildungs- und Teilhabepaket²³

²¹ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 6, S. 24, S. 39, S. 73 & S.76

²² vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 8, S.16, S. 19f, S. 33 & S. 35

²³ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 8, S. 19, S. 29f & S. 52ff

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Familie	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Anlauf- und Beratungsstellen für Familien in schwierigen Situationen sowie von Familienzentren - Schaffung von niederschweligen Bildungs- und Beratungsangeboten für Eltern (u.a. Sprachkompetenz, Erziehung, Konfliktbewältigung) sowie Anreizen zur Teilnahme an diesen - Schaffung von Beratungsangeboten für Familien zu finanziellen Hilfen sowie besseren Arbeitsbedingungen²⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Familienzentren als Orte der Begegnung und Beratung - gezielte Eltern- und Bildungsberatung zur Informationsweitergabe und aktiven Unterstützung der schulischen Laufbahn der Kinder - finanzielle und organisatorische Entlastung von Alleinerziehenden durch Beratung und einfachen Zugang zu Hilfen (z.B. Ausbau der Kinderbetreuung und flexible Zeitmodelle) - mehr Mittel für die Förderung psychischer Gesundheit (insb. von Kindern, Jugendlichen und Alleinstehenden)²⁵ 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung von Familiengrundschulzentren durch mehr Elternprogramme und Etablierung weiterer Schulzentren an weiterführenden belasteten Schulen - Unterstützung besonders belasteter Familien mit speziellen Angeboten (z.B. Eltern mit psychischen Erkrankungen) - Unterstützung beim Erwerb von Bestandsimmobilien für junge Familien mit mittlerem Einkommen durch das Bundesförderprogramm „Jung kauft alt“²⁶
Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Familie	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung von Familientagen in Schwimmbädern, um belästigungsfreie Zeitfenster zu schaffen - Untersuchung und Anpassung sämtlicher Leistungen und Verwaltungsabläufe auf Familienfreundlichkeit (z.B. Öffnungszeiten der Verwaltung) - verstärkter Verweis auf Kapazitäten der Tagespflege zur gesteuerten Entlastung von KiTas - Bevorzugung berufstätiger Eltern bei der Platzvergabe in öffentlichen KiTas²⁷ 	<ul style="list-style-type: none"> - familienfreundliche Gestaltung der Innenstädte²⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand (insb. soziale Infrastruktur für Kinder, Familien, Gesundheitsdienste und Beratungsstellen) - Entlastung der Familien und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch eine 100%ige Versorgung mit Ganztagschulen - Ausbau der öffentlichen Toiletten (insb. mit Wickelstationen) - mehr Unterstützung für Alleinerziehende durch z.B. den bevorzugten Zugang zu sicheren Kitaplätzen, kostenfreien Kitaangeboten und sozialer Beratung²⁹

²⁴ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 12

²⁵ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 4, S. 9, S. 12, S. 16 & S. 41

²⁶ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 13f & S. 33

²⁷ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 27 & S. 47f

²⁸ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 16

²⁹ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 7, S. 17, S. 30 & S. 40

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Vielfalt, Gleichberechtigung, Migration & Demokratieförderung	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung von Bedingungen für gelingenden Integration und gleichsam Einforderung von Anstrengungen aller Menschen - Initiierung von Mentoring-Programmen zur Begleitung von Zugewanderten durch erfahrene Fachkräfte - Schaffung von Unterstützungsangeboten für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Qualifikationen sowie für die Integration in den Arbeitsmarkt - gezielte Förderung von Projekten, die sich explizit gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus positionieren - Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln auf möglichst vielen öffentlichen Toiletten³⁰ 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung einer One-Stop-Agency für Arbeitszuwanderung zur Prüfung der Arbeitspapiere und Nachweis der Freizügigkeit - Begrenzung des Zuzugs von Menschen ohne Bleibeperspektive sowie sofortige und umfassende Einführung der sogenannten Bezahlkarte - gerichtliche Klärung der Verwehrung von Integrationsmitteln sowie von KiTa- und Schulplätzen für Integrationsunwillige - Steuerung und Schaffung von Extragruppen und -klassen für Personen ohne Bleibeperspektive zur gezielten Entlastung von KiTas und Schulen - Einrichtung eines Welcome-Centers in Kooperation von Stadt und Akteuren am Arbeitsmarkt zur Bündelung von Anliegen und der Arbeitsmarktintegration (insb. gezielte Vermittlung von Wohnraum und Unterstützung bei der Eingliederung ins Bildungssystem) - nach Möglichkeit Um- und Durchsetzung einer Arbeitspflicht für Asylbewerber - Ermöglichung von Spracherwerb und Sprachkursen ab dem ersten Tag - Einsatz für klare Zuständigkeiten und schnelle Verfahren bei der konsequenten Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive - Knüpfung der Kulturförderung an die Vereinbarkeit mit der freiheitlich-demokratische Grundordnung - Einführung eines ausnahmslosen Genderverbots in der städtischen Verwaltung - Stärkung aller Initiativen und Vorhaben zur Gleichberechtigung von Frau und Mann - Sichtbarmachung und aktive Förderung jüdischen Lebens sowie entschiedene Bekämpfung von jeglichem Antisemitismus - Förderung von bewiesen wirksamen Initiativen und Projekten zur Aufklärung und Bildung gegen jegliche Extremismusformen³¹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Gewährleistung von Barrierefreiheit in Gesundheitseinrichtungen und bei allen städtischen Gebäuden - Förderung der Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen in den Ersten Arbeitsmarkt - Stärkung des Opferschutzes und von ausreichend barrierefreien Schutzräumen (insb. für wohnungslose Frauen) - mehr Aufklärungsarbeit zum Thema Gewalt gegen Frauen durch Veranstaltungen, Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit - Stärkung von Frauen in der Wirtschaft durch Empowerment- und Mentoring-Programme sowie grundsätzlich weibliche Teilhabe am Arbeitsmarkt stärken - langfristige Sicherung des Mädchenzentrums sowie Unterstützung weiterer Organisationen, die sich für Mädchen, Frauen und ihren Schutz engagieren - Sichtbarmachung queeren Lebens durch öffentliche Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day - Etablierung einer allgemeinen queeren Beratungsstelle sowie finanzielle Absicherung der Beratung für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt - langfristige Sicherung des Jugendzentrums ‚together‘ - früherer Ansatz von Präventionsarbeit gegen Stereotype und geschlechtsspezifische Gewalt (insb. in KiTas und Schulen) - Verbesserung des Gewaltschutzes und Opferschutzes - Berücksichtigung aller Geschlechter und queeren Menschen bei kommunalen Entscheidungen durch Beteiligungsverfahren sicherstellen - Ausbau des Angebots an Sprachkursen (insb. mit Kinderbetreuung und zu arbeitnehmerfreundlichen Zeiten) - Sicherstellung einer ausreichenden Verfügbarkeit von Sprachmittler:innen - Kultursensibilitäts-Schulungen für städtische Mitarbeitende (insb. mit viel Kundenkontakten) - Erhalt der Gebietsbeiräte und Quartiersfonds sowie Initiierung themenbezogener und per Zufallsprinzip zusammengesetzter Bürgerräte zur Erstellung von Empfehlungsgutachten für die Politik³²

³⁰ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 22f & S. 36f

³¹ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 7, S. 9f, S. 14, S. 23, S. 28, S. 37

³² vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 14, S. 17f, S. 21 & S. 48f

Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
<p>Vielfalt, Gleichberechtigung, Migration & Demokratieförderung</p>	<ul style="list-style-type: none"> - wieder durchgängige Beflaggung der Rathäuser, Schulen und öffentlichen Gebäude mit der Bundes-, NRW- und Stadtflagge statt mit der Regenbogenfahne - Rückkehr zur Standardsprache in der Außenkommunikation und in der internen städtischen Kommunikation statt Gendersprache und Beachtung klarer Formulierungen - Verbannung arabischer Beschilderung aus der Innenstadt, keine Ramadan-Beleuchtung, Stopp von Halal-Essen an Schulen, Bewilligung weiterer Halal-Metzgereien überprüfen, keine Erweiterung des muslimischen Friedhofs, um die Ausbreitung des dominant-politischen Islams zu verhindern - verstärkte Durchführung von Bürgergutachten und Bürgerjursys ohne komplexen bürokratischen Aufwand zur aktiven Bürgerbeteiligung - Bereithaltung genügend geeigneter Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber zur Schaffung einer sinnvollen Tages- und Sozialstruktur sowie Einführung des Bezugs von Sachleistungen und der Bezahlkarte und Bekämpfung des Missbrauchs dieser - Entzug unrechtmäßig erlangter Einbürgerungen (insb. bei Islamisten bzw. Salafisten) - Bildung einer Kommission inkl. mehr Personal zur Überprüfung im Verdachtsfall von Scheinehen, um missbräuchlichen Vaterschaftsanerkennungen ausländischer Staatsbürger entgegenzuwirken - ersatzlose Streichung aller freiwilligen Projekte für EU-Armutszuwanderer (z.B. Schließung der IPA-Leitstelle Ückendorf) und Einstellung sämtlicher Beratungsangebote hinsichtlich Einbürgerung - Offenlegung kommunaler Ausgaben, die durch Migration entstehen, und Reduzierung der Integrationsmaßnahmen auf das gesetzliche Minimum (mit Ausnahme von Sprachkursen, da diese zu fördern sind)³³ 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der politischen Bildung zu Judentum und Antisemitismus und Vermittlung von jüdischer Geschichte über die Shoa hinaus - Unterstützung aller Maßnahmen, den Einwanderern das Erlernen der deutschen Sprache zu erleichtern und ihnen damit Zugang zu Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu eröffnen - Einsatz für eine kostendeckende Finanzierung des Bundes und der Länder für eine gelungene Integration - Errichtung eines Welcome-Centers für den Fachkräftezufluss, um ein hohes Tempo bei der Ausbildungsanerkennung, Aufenthalts- und Einbürgerungsgenehmigung zu erhalten³⁴ 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Mitbestimmungsrechte in allen politischen Fragen sowie der Selbstorganisation (z.B. Mieterinitiativen, Bürger*innen-Workshops, gemeinsame offene Diskussions- und Planungsprozesse) - Städtepartnerschaften mit ukrainischen und palästinensischen Städten - Förderung von Begegnungsstätten mit Kriegsflüchtlingen sowie Umgestaltung kriegsverherrlichender Denkmäler - Unterstützung von Initiativen gegen Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie von Beratungsstellen zur Antidiskriminierung, Antirassismus und Unterstützung von Opfern rechter Gewalt - intensive antifaschistische Schulungen der Polizei (auch zur Gelsenkirchener Geschichte) sowie Verbot aller (neo-)faschistischen Organisationen - Auseinandersetzung mit der kommunalen Erinnerungskultur durch z.B. Verlegung von Stolpersteinen, Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten, öffentliche Ausstellungen und Theateraufführungen oder Multimedia-Projekte - Ausbau von queeren Anlaufstellen wie „together“ (insb. gesicherte Finanzierung, geeignete Räumlichkeiten und mehr Personal) sowie stärkere Sichtbarkeit und Förderung von queeren Veranstaltungen (z.B. CSD) - verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern und queeren Räumen zum Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt - Schließung des Gender-Pay-Gaps in städtischen Betrieben sowie aktive Förderung der Entstigmatisierung und des Imagewandels aller Berufsbilder und deren Rollenbilder durch z.B. Männerquoten in sozialen Berufen - Unterstützung von Initiativen zur Geflüchtetenhilfe sowie dezentrale und menschenwürdige Unterbringung (insb. herkunftssprachliche Berater*innen und kommunale Finanzierung von Dolmetscher*innen für alle Behördengänge) - Ermöglichung von Sprach- und Integrationskursen direkt nach Ankunft sowie Ausbau der Willkommens- und Intensivklassen - schnellere Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse zur Heranführung an den Arbeitsmarkt - Gleichstellung der Integrationsräte mit anderen Ausschüssen sowie Einbezug von Migrant*innen-Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik - umfassende Barrierefreiheit aller öffentlichen Gebäude und bei allen Verwaltungsvorgängen (z.B. durch einfache Sprache) sowie direkte Mitbestimmung in Räten und Ausschüssen durch Behindertenbeiräten³⁵

³³ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 5ff & S. 29ff

³⁴ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 8f & S. 15

³⁵ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 7, S. 20, S. 29, S. 34 & S. 36ff

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Ordnung, Sicherheit & Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> - Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit (u.a. Melde- mit Kindergeldstelle oder Bauaufsicht mit Stromversorger) - gezielterer Einsatz des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) und Erhöhung der Sichtbarkeit - regelmäßige Schulung der Mitarbeitenden zur interkulturellen Kommunikation - Stärkung der ehrenamtlichen Präventionsräte und bessere Einbindung dieser in die Arbeit der Behörden - Einrichtung eines kriminalpräventiven Rates zur Entwicklung von Präventionsstrategien, dabei Transparenz und Einbezug der Stadtgesellschaft wichtig - Ausdehnung der Einsätze von Sonderreinigungstrupps und direkte Ansprache von Nachbarschaften zur Vermittlung von Regeln und Lösungsansätzen - Prüfung der datenschutzkonformen Überwachung von Müllhotspots per KI oder Video und Ausweitung der konsequenten Ermittlung und Verfolgung durch Mülldetektive - langfristige finanzielle Absicherung der Suchtberatungsstellen sowie Einführung von Drogenkonsumräumen und Drugchecking-Angeboten³⁶ 	<ul style="list-style-type: none"> - sichtbare Präsenz von Polizei und KOD an sensiblen Standorten - Stärkung der Zusammenarbeit mit der Justiz sowie mit Sicherheits- und Finanzbehörden zur Unterbindung menschenunwürdiger Vermietung von Schrottimmobilen („Geschäftsmodell Armutszuwanderung“) - Gründung eines Immobilienfonds zum Ankauf, zur Verwertung, Instandsetzung und Vermietung (ggf. auch zum Rückbau) von Schrottimmobilen - bessere Vernetzung der kommunalen Behörden, um Sozialleistungsbetrug und Straftaten schneller zu erkennen - Erhöhung von Sanktionen und Bußgeldern bei Ordnungswidrigkeiten (insb. bei illegaler Müllentsorgung) sowie Unterstützung der Arbeit von Mülldetektiven - Umsetzung mehrsprachiger Aufklärungs- und Informationskampagnen zu Regeln sowie Strafen in Bildungseinrichtungen und sozialen Medien, aber insb. in betroffenen Quartieren - Einführung einer SOKO-Sperrmüll zur stärkeren Ahndung von Fehlverhalten (auch verdeckte Maßnahmen) - Optimierung der Abfallbehälterversorgung und Prüfung digitaler Erfassung von Füllständen und Leerungen - Beseitigung dunkler Ecken und Entschärfung sozialer Brennpunkte durch städtebauliche Maßnahmen - Einführung eines „Haus des Jugendrechts“, wo Polizei, Justiz und Sozialarbeit effektiv zusammenarbeiten - stationärer und mobiler Einsatz von KI und Videoüberwachung an Kriminalitätshotspots - Ausbau der Sichtbarkeit und Handlungsfähigkeit der Präventionsräte, um Menschen direkte Ansprechpartner bieten zu können - Unterstützung von Organisationen, die Schutzmaßnahmen für Frauen bieten³⁷ 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau der Versorgung psychisch kranker Kinder und Bedeutungserhalt der Kinderklinik - Verbesserung des niederschweligen Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung durch einen Gesundheitskiosk oder ein Community Health Center - Umsetzung des bereits beschlossenen Verkaufsverbots von Lachgas an Minderjährige, gleichzeitig Ablehnung der Kriminalisierung bei Besitz oder Konsum der Droge - Sicherung und Ausbau der Suchtprävention und Drogenberatungsstellen sowie Prüfung der Einrichtung eines Drogenkonsumraums - freiwilliger Verzicht der Stadt GE auf sämtliche öffentliche Werbung für Alkohol, Tabak und E-Zigaretten - Umgestaltung von Angsträumen und Plätzen (z.B. durch bessere Beleuchtung) - Fortführung des Programms zur Beseitigung bzw. nachhaltigen Sanierung von Schrottimmobilen und Eindämmung des Missbrauchs dieser - Ausbau der sozialen Quartiersentwicklung und der Stadtteilzentren sowie leerstehende Räume für Treffpunkte der Stadtteilinitiativen anbieten - Aufstellen größerer, vogelsicherer (auch temporärer) Mülleimer an öffentlichen Plätzen und in Parks (insb. auch an Wochenend- und Feiertagen) - Sensibilisierung zur Müllvermeidung, Unterstützung von Kampagnen wie „GE putzt“ oder „Horst räumt auf“ sowie der Arbeit von Mülldetektiven - Entsorgung von Sperrmüll und Elektrogeräten durch Entbürokratisierung vereinfachen - weiterer Ausbau des KOD mit regelmäßiger Überprüfung und Bewertung von Maßnahmen - Start eines zweiten IPA-Projekts (Pilotprojekt Integrative Präventionsarbeit) für Ansprechpersonen aus KOD, Sozialarbeit und Polizei im Quartier - Einsatz von künstlicher Intelligenz und Videoüberwachung im konkreten Einzelfall und anlassbezogen an auffälligen Orten - Weiterführung und Optimierung der stadtteilbezogenen Präventionsräte durch bessere öffentliche Bewerbung und Verlaufsunterrichtung - Instandsetzungen und Sanierung von allen Standorten der (Freiwilligen) Feuerwehr sowie bessere Bezahlung³⁸

³⁶ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 19ff & S. 37f

³⁷ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 4, S. 7f, S. 30ff, S. 34, S. 35ff & S. 41

³⁸ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 14f & S. 17, S. 19, S. 33 & S. 36ff

Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Ordnung, Sicherheit & Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> - Erweiterung der sichtbaren Präsenz von KOD und Polizei im Stadtzentrum und an anderen Brennpunkten, verstärkter Einsatz von Zivilstreifen in Nachtstunden und bei Großereignissen sowie Reaktivierung von Bezirkswachen - bessere Bezahlung und mehr Stellen für den KOD - Videoüberwachung in besonders belasteten und gefährdeten Bereichen sowie regelmäßige Abfragen und aktuelle Evaluierung - Masterplan „Sicherheit der städtischen Angestellten“ zur Erarbeitung von Sicherheitsmaßnahmen sowie Einführung einer stadtweiten Datenbank, die Straftaten gegen Mitarbeiter erfasst und Profile problematischer Behördenkunden zur regelmäßigen Weiterleitung an die Sicherheitsbehörden anlegt - höhere Entleerungsfrequenz der Altkleider- und Altpapiercontainer sowie regelmäßige Bedarfsanalysen - Schulung des KOD über die Suchtmittel und den Drogenvertrieb sowie Minimierung von Konsumräumen und Verdrängung der Methadonambulanzen aus Stadtzentren und Wohngebieten, um der steigenden Rauschgiftkriminalität entgegenzuwirken - Einsatz einer Vollzeitkraft zur Dokumentation des Missbrauchs von Notrufen und Anzeige dessen, um die Beeinträchtigung der Nothilfe zu bekämpfen - Verstärkung der personellen Ressourcen im Bereich Bekämpfung von Islamismus sowie Einrichtung eines Expertenkreises und regelmäßige Berichterstattung zu islamistischen Gefährdern im Polizeibeirat - Sicherheit und Sauberkeit von Spielplätzen durch Kooperation mit Anwohnern, dauerhafte KI-gestützte Technik und Abschließbarkeit gewährleisten - Bekämpfung des öffentlichen Vandalismus durch die Aufstockung des Sicherheitspersonals im ÖPNV in Zusammenarbeit mit Polizei und KOD, Einführung von Belohnungen für sachdienliche Hinweisgeber sowie konsequente Durchsetzung der Schadenersatzansprüche - verstärkte Präsenz geschulten Sicherheitspersonals in Schwimmbädern und Ehrenamtlicher in Freibädern zur Unterbindung unangemessenen Verhaltens, Einführung personalisierter Eintrittskarten sowie konsequente Durchsetzung von Hausverboten - Sicherheit im öffentlichen Raum durch Beseitigung von Angsträumen (z.B. Beleuchtungskonzepte) und konsequente Bekämpfung der Ursachen zunehmender Kriminalität herstellen - Sicherstellung einer ausgeglichenen Krankenhausversorgung (insb. Erhalt der Entbindungsstation im Marienhospital Buer)³⁹ 	<ul style="list-style-type: none"> - weiterer Ausbau des Interventionsteams EU-Ost, um Missbrauch des Wohnbestands aufzudecken - Verdopplung der Personalstärke des KOD in den nächsten 5 Jahren, bessere Qualifizierung und Nutzung von Diensthunden - Übernahme von Ruhestörungen bis 22 Uhr durch den KOD zur Entlastung der Polizei - Ausstattung der GELSENDIENSTE mit Lastenrädern für die Müllbeseitigung in für Autos unzugänglichen Gebieten (ggf. auch als Beschäftigungsförderungsmaßnahme der Arbeitsagentur denkbar) - Umsetzung des Pilotprojekts „Raumpatenschaften“, indem Schülerinnen und Schüler in einem definierten Gebiet die Verantwortung für die Sauberkeit übernehmen - Einsatz von Sensortechnik und künstlicher Intelligenz an typischen „wildem Müllkippen“ zur Alarmierung des KOD sowie mehr Mülldetektive und notfalls Kameraüberwachung - Park-Ranger für Park- und Grünflächen, die Verstöße ahnden, Leute aufklären und Parks schützen - Vermeidung von Angsträumen durch situative Beleuchtung und offene Bepflanzung - Schwerpunktkontrollen und bauliche Nachbesserungen an Orten, die durch die Poser- und Raser-Szene aufgesucht werden⁴⁰ 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhalt und Ausbau öffentlich finanzierter sozialer Beratungsstellen (z.B. Erwerbslosenzentren, Schuldnerberatung, ambulante Suchthilfe sowie Beratungsstellen für geflüchtete Menschen und Wohnungs- oder Obdachlose) - gute Notübernachtungsstellen, die kostenlos und für alle Wohnungslosen zugänglich sind, jedoch auch bedürfnisentsprechende Angebote für Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung und Jugendliche - stärkere Unterstützung des Landes, sodass in ausreichender Zahl gute Unterbringungsmöglichkeiten für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche geschaffen werden - Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Ärzt*innen, Therapeut*innen, Pflegepersonal und Krankenhäusern (z.B. durch die Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren mit fest angestelltem med. Personal und insb. keine weitere Krankenhausschließung) - Ausbau nicht-konfessioneller Beratungsstellen für ergebnisoffene Schwangerschaftskonfliktberatung und Unterstützung der Niederlassung von Gynäkolog*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen - akzeptanzorientierte Drogenpolitik mit umfassender Regulierung aller Drogen, Verkaufsverbot von Partydrogen wie Lachgas sowie Ausbau ambulanter Suchthilfeangebote und Aufklärungskampagnen - Entwaffnung des KOD (insb. keine Schlagstöcke, kein Pfefferspray, keine Bodycams, Taser oder Hundestaffeln) - klare Unterscheidbarkeit des KOD von der Polizei (z.B. andere Farbe der Uniform) - kein Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten für den Schutz des öffentlichen Raums - Entkriminalisierung von Obdachlosen durch Verbotsstreichung, draußen zu campieren und auf Sitzmöglichkeiten zu übernachten - ein Notfallteam aus psychologisch geschultem Personal, das in Fällen von psychischen Ausnahmesituationen mit der Polizei zum Einsatz fährt und deeskalierend tätig ist - Beendigung von Tasereinsätzen seitens der Polizei - grundsätzlich keine Videoüberwachung, da diese nur zur Kriminalitätsverlagerung führt - Ausbau von niedrigschwelligen AIDS- und Gesundheitsberatungsstellen (inkl. Aufklärung über Verhütung, psychischer Gesundheit und offen für alle Geschlechter und Identitäten) - Erweiterung des Netzes öffentlicher Notrufsäulen⁴¹

³⁹ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 11ff, S. 18f, S. 23, S. 25ff & S. 78

⁴⁰ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 26ff

⁴¹ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 8, S. 13f, S. 20, S. 23f, S. 32f & S. 39f

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung des Ringschlusses der Stadtbahnlinie 301 über Horst zur Innenstadt sowie Prüfung neuer S-Bahn-Haltestellen in Horst-Süd und Schalke-Nord - Einsatz für kürzere Wartezeiten und engere Taktungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), zudem mehr direkte und schnelle Verbindungen in die Nachbarstädte - Einsatz bei Land, Bund und Verkehrsbetrieben für den barrierefreien Zugang zu allen Bahnhöfen und Haltestellen - bessere Ausleuchtung und Ausbau von Notrufpunkten an stark frequentierten Haltestellen - bessere Anbindung der Westfälischen Hochschule - Schließung bestehender Lücken im sicheren Radverkehrsnetz (insb. Nord-Süd-Strecke) - Sanierung bestehender Radwege (insb. im Innenstadtbereich) - Schaffung neuer zentraler und sicherer Fahrradabstellplätze und Prüfung eventueller Kostenfreiheit - Schaffung von mehr Verkehrsberuhigungen vor Schulen und KiTas sowie von Halteplätzen in unmittelbarer Nähe - Umsetzung eines Tempolimits von 30 km/h überall, wo es möglich und sinnvoll ist⁴² 	<ul style="list-style-type: none"> - Schaffung guter Parkmöglichkeiten in Innenstadtbereichen sowie eines Nacht-Taxi-Angebots - Einführung von Elternhaltestellen an KiTas und Schulen für mehr Sicherheit beim Bring- und Holverkehr - Einführung eines Beauftragten für den motorisierten Individualverkehr zur Einbindung bei stadtplanerischen Planungsprozessen und Verdopplung der Mittel für Straßeninstandhaltung - Stärkung des ÖPNV bei Taktung, Pünktlichkeit und Sauberkeit sowie ggf. Ringschluss der Linie 301 bei Anbindung der Feldmark durch eine Trassenführung - Sicherheit im Radverkehr durch bauliche Trennung und Bürgerbeteiligung beim Radwegeausbau - Stärkung der Anbindung an die Westfälische Hochschule⁴³ 	<ul style="list-style-type: none"> - Durchführung des Ringschlusses der 301-Linie über die Feldmark, dabei keine andere Linie einsparen - Prüfung des Ausbaus von Schnellbussen entlang der Hauptverkehrsachsen - ÖPNV-Angebot mindestens erhalten und weitere Finanzierungsmöglichkeiten prüfen (z.B. durch Parkgebühren-Abgabe) - Ausbau des intelligenten Parkraummanagements (z.B. durch zentrale Quartiersparkhäuser, Nutzung von Supermarkt-Parkplätzen oder Shuttle-Verkehren) - perspektivisch Stellplätze einsparen, günstigeres Parken in Parkhäusern und Schritte in Richtung einer autoarmen Innenstadt - Einrichtung von MobilityHubs in Altstadt und Buer sowie weiterer Mobilstationen mit bequemer Nutzung - Freigabe des zweiten HBF-Tunnels für den Radverkehr und mehr geschützte Fahrradstellplätze im Bahnhofsbereich (z.B. Fahrradparkhaus und E-Bike-Ladesäulen) - Installation von Fahrradampeln an den Hauptverkehrsachsen - Lückenschließung im Radnetz, Vorzug fester Radwege gegenüber Schutzstreifen und alltagstaugliche Nord-Süd-Radverbindung - konsequente Kontrolle und Ahndung von Falschparkern auf Radwegen - systematische Öffnung von Einbahnstraßen im Gegenverkehr für den Radverkehr sowie Prüfung weiterer Fahrradzonen und -straßen (z.B. Weber-, Hagenstraße und in Ückendorf)⁴⁴

⁴² vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 29ff

⁴³ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 20 & S. 24f

⁴⁴ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 26ff

Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> - Optimierung des Verkehrsflusses durch vermehrte Ampelschaltungen im Prinzip „Grüne Welle“, eine Ausweitung des grünen Rechts-Abbiege-Pfeils, die Erhöhung des Tempolimits in geeigneten Bereichen und nächtliches Abstellen von Ampeln an geeigneten Stellen - Verlängerung der Willy-Brandt-Allee zur Schaffung einer Ost-West-Achse sowie Weiterführung der Ortsumfahrung Schaffraths Richtung Norden zur B224 und A52 - professionelles Baustellenmanagement, um die Dauer von und Beeinträchtigung durch Baustellen zu minimieren - Erhöhung des Parkplatzangebots (dabei Vorzug von Parkscheibe vor bezahltem Parken) - Abschaffung der Fahrradstreifen auf der De-La-Chevallerie-Straße und Umleitung über eine alternative, sichere Radverbindung - Ausbau und Unterhalt eines ausreichenden Fahrradwegenetzes (insb. Bau eines Fahrradschnellwegs auf der Nord-Süd-Achse) und Schaffung geeigneter und gesicherter Abstellmöglichkeiten an zentralen Haltestellen und Bahnhöfen - Anpassung des Vorrangs des ÖPNV an vielen Ampelanlagen zu einer intelligenten Vorrangschaltung, die den Individualverkehr nicht benachteiligt - Prüfung des Passagieraufkommens bestimmter Linien zu bestimmten Zeiten und Umstellung auf Taxibusse bei sehr geringer Auslastung⁴⁵ 	<ul style="list-style-type: none"> - sofortiger Stopp der Planungen eines Buierschen Rings über die Vom-Stein-Straße und Lärmschutz der Anwohner der De-la-Chevallerie-Straße - konkreter Sanierungsplan für marode Straßen und Brücken bei effizientem und leistungsstarkem Baustellenmanagement sowie keine Ausweitung der Tempo-30-Zonen - mehr Parkraum in den Innenstädten durch Nutzung von Geschäftsparkplätzen in Abend- und Nachtstunden - sichere Radwege durch Ausbau der Fahrradinfrastruktur sowie Einforderung von privatunternehmerischen Fahrradreparaturstationen an Orten mit hohem Radverkehrsaufkommen - bessere ÖPNV-Verbindungen und geringere Kosten - mehr Toiletten für Busfahrer an den Endhaltestellen - urbane Seilbahnen als Ergänzung im ÖPNV-Angebot - Umbau des Park-and-Ride-Konzepts zu einem MobilityHub⁴⁶ 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau und kostenlose Nutzung des ÖPNV, im ersten Schritt zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende, Rentner*innen sowie Bürgergeld- und Grundsicherungsbeziehende (zumindest ein 9-Euro-Sozialticket) - höhere Parkgebühren für übergroße Fahrzeuge wie SUVs - stärkerer Ausbau von barrierefreien Haltestellen - Ringschluss der Straßenbahnlinie 301 von GE-Horst zur Innenstadt unter Erhalt der Bäume sowie bessere ÖPNV-Anbindung der Westfälischen Hochschule - Schaffung einer direkten Ost-West-Busverbindung sowie bessere Taktung der Bus- und Bahnlinien (insb. abends, an Wochenenden und Feiertagen) - Gutscheinmodell für nächtliche Taxifahrten für Frauen - Ausbau straßenunabhängiger und getrennter Radweg bzw. fester Radwege statt aufgemalter Schutzstreifen sowie mehr Fahrradstraßen, BikePorts, Reparaturstationen und Schutzmaßnahmen gegen Falschparker auf Radwegen - direkte Fahrrad-Nord-Süd-Verbindung - eine bessere Fahrradabstellanlage am HBF sowie weitere sichere und gut erreichbare in Wohngebieten - ein kommunales Parkraummanagement für weniger Autostellflächen, mehr Platz für Rad- und Fußverkehr sowie Umwandlung von Parkplätzen in „Parklets“ (begrünte Aufenthaltsorte)⁴⁷

⁴⁵ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 61ff

⁴⁶ vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 23ff

⁴⁷ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 8 & S. 25f

Thema / Partei	SPD	CDU	DIE GRÜNEN
Nachhaltigkeit & Tier- und Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Prüfung von mehr Ladesäulen für E-Fahrzeuge in allen Stadtteilen - Anlage neuer Grünflächen nach Möglichkeit, Schaffung von mehr Schattenplätzen sowie Fortführung des öffentlichen und privaten Aufforstungsprogramms mit 100.000€/Jahr, außerdem Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung - Reduzierung von Bodenversiegelung und Ausbau der Regenwasserversickerungsflächen - weiterhin Schutz der geschützten Tier- und Pflanzenartbestände - Neuplanung der städtischen Wärmeversorgung soll sozialgerecht stattfinden und Prüfung einer kommunalen Förderung beim Umstieg auf erneuerbare Energien bei der Wärmeversorgung - Installation zusätzlicher Trinkwasserspender im öffentlichen Raum⁴⁸ 	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Klimaresilienz durch Schwammstadtprinzip und Steigerung der Aufenthaltsqualität durch mobiles Grün und mehr Wasserflächen - Aufhebung des sog. Klimanotstands in GE und der damit verbundenen unnötigen Bürokratie, stattdessen sollen Maßnahmen mit wirklich positiven Effekten getroffen werden - zielgerichtete Bildungsarbeit in KiTas und Schulen zur Verankerung von Umweltbewusstsein - konsequente Ausrüstung der Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe zur Filterung von Mikroplastik - Einsatz für GE als Standort eines Forschungsinstituts, Sichtbarmachung und Vernetzung von Wissenschaft durch Veranstaltungen und Projekte im öffentlichen Raum sowie Planung des Innovationscampus GE auf dem Gelände der ehemaligen Polizeiwache - Vermeidung von Flächenversiegelung, mehr Nutzung von Dachbegrünung und nachhaltigen Baustoffen - Förderung integrierter Quartierskonzepte, die nachhaltige Energieversorgung, Begrünung und Klimaschutzmaßnahmen beinhalten sowie aktive Beteiligung der Bürger bei der Planung und Umsetzung nachhaltiger und lebenswerter Quartiere - aktive Nutzung der Programme wie „KlimaQuartier.NRW“ oder Städtebauförderung zur Deckung von Planungskosten und Bezuschussung von klimafreundlichen Maßnahmen - Ausweisung eines neuen Baugebiets mit klimaneutraler oder -schonende Bauweise mit Fokus auf energieeffiziente Gebäude, regenerative Energieversorgung (z.B. Wärmepumpe, Photovoltaik), entsiegelte Flächen und Schwammstadtprinzip, grüne Infrastruktur mit Dachbegrünung, Frischluftschneisen und wohnortnahen Grünflächen⁴⁹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Lösungsschaffung für Tierhaltende, die Tierarztkosten nicht bezahlen können, sowie Ablehnung der Hundesteuererhöhung - langfristige finanzielle und bauliche Aufstellung des Tierheims - Ausbau des Wissenschaftsparks als Innovationsstandort - ökologische und sozial verantwortliche Flächenentwicklung sowie weniger Flächenversiegelung, XXL-Garagen und Logistikzentren - verbindliche Umweltstandards bei Neuansiedlungen (z.B. Dachbegrünung und wassersensible Gestaltung) - Prüfung einer kommunalen Verpackungssteuer zur Reduzierung von Einwegverpackungen sowie stärkere Kontrolle der Mehrwegangebotspflicht - Unterstützung von Stadtgesellschaftsinitiativen zur Gerätereparatur und zum Ausleihen - Weiterentwicklung des Gebäudeleitfadens für Bauprojekte zur Erreichung von Klimaneutralität bei Wärme und Strom - Einbindung von KiTas in Begrünungsprojekte und ein Sofortprogramm: ein Balkonkraftwerk pro KiTa - Ausbauprogramm für Dachbegrünung und -nutzung für Photovoltaikanlagen (insb. Musiktheater, aber auch für private Immobilien) - Verpflichtungsfortschreibung mit Fernwärmelieferanten bis 2030 die Fernwärme zu mind. 65% zu dekarbonisieren - Erreichung des Ziels Klimaneutralität bis 2040 - Schaffung von Anreizen für Wildblumenwiesen, Insektenhotels und Pocket Parcs - Hitzeinseln entschärfen (z.B. durch Sonnensegel und mobile Bäume) - Ausweisung von mehr Flächen zum „Urban Gardening“ (z.B. Nordsternpark) und Weiterführung des Programms der Gießkannen-Held:innen - mehr Wasserspender im Stadtgebiet aufstellen (z.B. Bahnhofsvorplatz) - Angebote im Bereich Umweltbildung ausbauen und über Mythen bei der Müllentsorgung (z.B. hohe Kosten bei Wertstoffhöfen) aufklären - ein Schwammstadtkonzept zum Schutz vor Überschwemmung und zur besseren Regenwasserversickerung - Beschränkung von privatem Feuerwerk an Silvester (z.B. durch Einrichtung von Böllerverbotzonen)⁵⁰

⁴⁸ vgl. SPD Gelsenkirchen (2025): S. 31ff

⁴⁹ vgl. CDU Gelsenkirchen (2025): S. 20, S. 29, S. 31, S. 48f & S. 50f

⁵⁰ vgl. DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): S. 19, S. 23f, S. 30f, S. 33ff, S. 37 & S. 39

Thema / Partei	AfD	FDP	Die Linke
Nachhaltigkeit & Tier- und Umweltschutz	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung der Hundesteuer wegen des hohen Verwaltungsaufwands, unbedeutenden Beitrags zur Sicherung der Kommunalfinanzen und der Pietätlosigkeit der Besteuerung von Lebewesen - Ausweisung mehrerer weiterer Hundefreilaufflächen (min. 5000m²) sowie gratis Kotbeutelspender im gesamten Stadtgebiet, nicht nur in Parkanlagen - Einführung eines Tierschutznotfallfonds zur Kostenübernahme tierärztlicher Notversorgung nach Nachweis einer unverschuldeten finanziellen Notlage - Bau von Nistkästen in Schulen und beruflichen Maßnahmen sowie Gewinnung Ehrenamtlicher zur Anbringung für den Schutz einheimischer Singvogelarten - Zurückdrängung invasiver Tier- und Pflanzenarten zum Schutz der heimischen Flora und Fauna - Verkehrsinseln oder Fahrbahnabtrennungen mit einheimischen Blümmischungen besäen, um Lebensraum für Insektenarten zu schaffen - Einsatz von modernen Verbrennungsmotoren und LPG-Fahrzeugen statt ökologisch fragwürdiger E-Fahrzeuge in städtischen Betrieben - kein weiterer Ausbau von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Grundstücken und Gebäuden, da keine nennenswerten positiven Umweltauswirkungen - Baustopp von Windkraftanlagen und Rückbau in der Region, da das Bild der Kulturlandschaft zerstört wird und Menschen sowie Tiere erheblich beeinträchtigt werden - thermischer Ausbau unter „Klimaschutz“-Vorgaben der Wohnungen und Gebäude im Neubausektor ist sinnvoll, Sanierungszwang für Altbauten ist unwirtschaftlich und wird abgelehnt⁵¹ 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung des „H2 Solution Lab“ an der Westfälischen Hochschule zu einem regionalen Wasserstoff-Kompetenzzentrum sowie Förderprogramme für Weiterbildungen in dem Industriebereich bei schneller Genehmigung von Produktionsanlagen und Infrastrukturen - Nutzung von Wasserstoffbussen im ÖPNV sowie Umrüstung kommunaler Fahrzeuge (z.B. Müllabfuhr, Bauhöfe) auf Wasserstoff - Wasserstoff-Pilotprojekte in Schulen, Verwaltungsgebäuden oder bei der Stadtbeleuchtung - Anwendung der klimaschützenden Maßnahmen „Vorbild Stadt“ im Bereich der öffentlichen Liegenschaften und nicht zuerst Auferlegung für die Bürgerinnen und Bürger - Bau einer Pyrolyseanlage zum Kunststoff-Recycling im Stadtnorden - mehr Brunnen, Wasserspiele, Dachbegrünung, Bäume und Hochbeete im öffentlichen Raum gegen Hitzeinseln - Achtung der Aspekte Biodiversität und Artenvielfalt bei der Bepflanzung von Wiesen, Parks und Grünflächen - Unterstützung des Engagements im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes durch Kinderpraktika in dem Bereich, Initiativen zur Schaffung und Pflege von Grünflächen sowie dem Prinzip „Urban Gardening“⁵² 	<ul style="list-style-type: none"> - stärkere Unterstützung der energetischen Sanierung sowie sozialverträglicher Ausbau der zukünftigen Wärmeplanung und Gestaltung der Energiewende unter Nutzung vorhandener oder erneuerbarer Energiequellen (insb. kein Wasserstoff und Holz zum Heizen) - mehr Freiflächen als Antwort auf die Erhitzung der Stadt sowie Stopp von Versiegelung neuer Flächen (insb. Begrenzung von Baumaßnahmen im Außenbereich) - Anwendung der Nachhaltigkeitsziele SDGs der UNO bei kommunalen Entscheidungen - Einrichtung von Wild- und Insektenschutzräumen auf Ackerschlägen, Verkehrsinseln, dem verkehrsbegleitenden Grün und auf von der Kommune bewirtschafteten Flächen, keine Nutzung synthetischer Pestizide auf kommunalem Agrarland - Verbindung bestehender Biotope und Umgestaltung kommunaler Wälder zu Mischwäldern - Vermeidung unnötiger Lichtemissionen - Schaffung sicherer Verkehrswege für wandernde Arten - öffentliche Gebäude mit hochwertigem Ökostrom versorgen - Vorantreiben der Sanierungen alter öffentlicher Gebäude mit einer Sanierungsrate von min. 5% pro Jahr - neue städtische Gebäude mit hohen Energieeffizienzstandards, mit Photovoltaikanlagen und mit begrüntem Dach - keine Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren (inkl. Ponykarussells auf Volksfesten) - Ausbau der Kontrollen der Tierhaltung durch unabhängige Prüfer - soziale Staffelung der Hundesteuer, besser Abschaffung - kommunale Kastrationspflicht für freilaufende Katzen - Ausweitung der Finanzmittel für Tierheime durch Übernahme der realen Kosten sowie Verbot exotischer Tierbörsen - Erstellung eines Stadttaubenkonzepts - keine Erweiterungsgenehmigungen von Mastanlagen und Schlachtfabriken - Silvesterböllerei dem Tier- und Umweltschutz unterordnen⁵³

⁵¹ vgl. AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 57ff, S. 63 & S. 69ff

⁵² vgl. FDP Gelsenkirchen (2025): S. 18, S. 21f & S. 36f

⁵³ vgl. Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): S. 16, S. 29ff & S. 48ff

Quellenverzeichnis

AfD Kreisverband Gelsenkirchen (2025): Kommunalwahlprogramm 2025. Online verfügbar: <https://www.afd-gelsenkirchen.de/wp-content/uploads/2025/08/Kommunalprogramm-2025.pdf> [Stand: 24.08.2025].

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN GELSENKIRCHEN (2025): Kommunalwahlprogramm der Gelsenkirchener Grünen 2025-2030. Online verfügbar: <https://gruenege.de/partei/kommunalwahl-25/> [Stand: 24.08.2025].

CDU Gelsenkirchen (2025): Kommunalwahlprogramm der CDU Gelsenkirchen für die Kommunalwahl am 14. September 2025. Online verfügbar: <https://www.cdu-ge.de/wahlprogramm2025> [Stand: 24.08.2025].

Die Linke Kreisverband Gelsenkirchen (2025): Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2025. Online verfügbar: https://www.dielinke-gelsenkirchen.de/fileadmin/lcmskvgelsenkirchen/user/upload/Kommunalwahlprogramm_22.06.2025.pdf [Stand: 24.08.2025].

FDP Gelsenkirchen (2025): Entwurf des Kreisvorstandes: Das Programm der Freien Demokraten Gelsenkirchen zur Kommunalwahl 2025. Online verfügbar: https://www.fdp-gelsenkirchen.de/sites/default/files/2025-06/FDPGE_Kommunalwahl%202025_Programmentwurfpdf_0.pdf [Stand: 24.08.2025].

SPD Gelsenkirchen (2025): Programm der SPD Gelsenkirchen zur Kommunalwahl 2025. Online verfügbar: <https://www.spd-gelsenkirchen.de/wp-content/uploads/sites/1805/2025/07/spd-kommunalwahlprogramm-2025.pdf> [Stand: 24.08.2025].

Weiterführende Links

AUF Gelsenkirchen (2025): 10-Punkte-Programm für ein lebenswertes Gelsenkirchen. Online verfügbar: <https://www.auf-gelsenkirchen.de/wp-content/uploads/2025/08/Wahlprogramm-Auf-Gelsenkirchen.pdf> [Stand: 24.08.2025].

Die PARTEI Gelsenkirchen (2025): Programm. Online verfügbar: <https://die-partei-ge.net/programm/> [Stand: 24.08.2025].

Eggert, Lisa-Marie (2025): BSW in Gelsenkirchen: Diese Ziele hat der neue Kreisverband. WAZ [13.08.2025]. Online verfügbar: <https://www.waz.de/lokales/gelsenkirchen/article409731486/bsw-in-gelsenkirchen-diese-ziele-hat-der-neue-kreisverband.html> [Stand: 24.08.2025].

GUT – Gelsenkirchener Union für Teilhabe (2025): GUT Gelsenkirchen. Instagramprofil. Online verfügbar: <https://www.instagram.com/gutgelsenkirchen/> [Stand: 24.08.2025].

TIERSCHUTZ – Partei für Tierschutz (2019): Kreisverband Gelsenkirchen. Online verfügbar: <https://tierschutz-hier.de/kreisverband-gelsenkirchen> [Stand: 24.08.2025].

WIN – Wähler Initiative Gelsenkirchen (2025): Programm. Online verfügbar: <https://win-gelsenkirchen.de/tag/programm/> [Stand: 24.08.2025].

Methodische Idee: Schneidet die beispielhaft ausgewählten Parteipositionen in der Tabelle unter diesem Text aus und lasst diese dann von euren Gruppenkindern in Einzel-, Partner- oder Teamarbeit (vielleicht auch in Form eines kleinen Wettbewerbs) einzelnen Parteien zuordnen. Nutzt die Auflösung (Lösungen in der Tabelle darunter) der korrekten Zuordnung gerne, um kurz gemeinsam auf weitere Forderungen und Bestrebungen dieser und anderer Parteien in diesem Themengebiet einzugehen. So können Unterschiede, andere Schwerpunktsetzungen oder auch Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden.

1: Einführung eines Tierschutznotfallfonds zur Kostenübernahme tierärztlicher Notversorgung nach Nachweis einer unverschuldeten finanziellen Notlage	2: Errichtung des inklusiven Mehrgenerationenspielplatzes am ZOB in Buer und Planung weiterer solcher Projekte	3: Engagement Ehrenamtlicher soll z.B. durch die günstigere Nutzung von Schwimmbädern oder des ÖPNV honoriert werden	4: weiterhin Aussetzung der KiTa-Beiträge sowie Beitragsbefreiung der Offenen Ganztagschule (OGS) und Einführung eines Pflicht-KiTa-Jahres
5: Umsetzung des Pilotprojekts „Raumpatenschaften“, indem Schülerinnen und Schüler in einem definierten Gebiet die Verantwortung für die Sauberkeit übernehmen	6: Ausweitung des vernachlässigten Heimatunterrichts und Unterstützung von Vereinen, die sich der Pflege der historisch gewachsenen Kultur und der Tradition widmen	7: systematische Öffnung von Einbahnstraßen im Gegenverkehr für den Radverkehr sowie Prüfung weiterer Fahrradzonen und -straßen (z.B. Weber-, Hagenstraße und in Ückendorf)	8: konkreter Sanierungsplan für marode Straßen und Brücken bei effizientem und leistungsstarkem Baustellenmanagement sowie keine Ausweitung der Tempo-30-Zonen
9: Empowerment und Ausbau städtischer Jugendtreffs als sicheren Orten für junge Menschen (insb. mit gezielten Angeboten für queere Jugendliche und junge FLINTA - Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agender Personen)	10: Ausbau und kostenlose Nutzung des ÖPNV, im ersten Schritt zumindest für alle Personen unter 18 Jahren, Schüler*innen, Auszubildende, Rentner*innen sowie Bürgergeld- und Grundsicherungsbeziehende (zumindest ein 9-Euro-Sozialticket)	11: Anlage neuer Grünflächen nach Möglichkeit, Schaffung von mehr Schattenplätzen sowie Fortführung des öffentlichen und privaten Aufforstungsprogramms mit 100.000€/Jahr, außerdem Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung	12: Optimierung der Terminvergabe im Bürgercenter und Einführung einer Fastlane-Lösung durch jährliche Prioritätscodes für zwei Anliegen pro Bürger sowie arbeitnehmerfreundlichere Gestaltung der Öffnungszeiten
13: 10.000€ für ein Pilotprojekt für den Einsatz von Ehrenämtern, die in Ausfallstunden Erste-Hilfe unterrichten sollen	14: konsequente Ausrüstung der Kläranlagen mit einer vierten Reinigungsstufe zur Filterung von Mikroplastik	15: Unterstützung beim Erwerb von Bestandsimmobilien für junge Familien mit mittlerem Einkommen durch das Bundesförderprogramm „Jung kauft alt“	16: Bevorzugung berufstätiger Eltern bei der Platzvergabe in öffentlichen Kitas
17: Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Ärzt*innen, Therapeut*innen, Pflegepersonal und Krankenhäusern (z.B. durch die Einrichtung von kommunalen Gesundheitszentren mit fest angestelltem med. Personal und insb. keine weitere Krankenhausschließung)	18: Verbannung arabischer Beschilderung aus der Innenstadt, keine Ramadan-Beleuchtung, Stopp von Halal-Essen an Schulen, Bewilligung weiterer Halal-Metzgereien überprüfen, keine Erweiterung des muslimischen Friedhofs, um die Ausbreitung des dominant-politischen Islams zu verhindern	19: gerichtliche Klärung der Verweigerung von Integrationsmitteln sowie von KiTa- und Schulplätzen für Integrationsunwillige - Steuerung und Schaffung von Extragruppen und -klassen für Personen ohne Bleibeperspektive zur gezielten Entlastung von Kitas und Schulen	20: Ausbau multiprofessioneller Teams an Schulen (z.B. Neubemessung der Sekretariatsstellen und so Entlastung der Lehrkräfte durch Übernahme weiterer Verwaltungstätigkeiten, Ausbau Alltagshilfe-Konzept, eine Schulpsychologiestelle pro angefangener 1000 und eine Schulsozialarbeiterstelle pro angefangene 500 Schüler:innen)
21: Stärkung der Jugendbeteiligung und Prüfung von Rede- und Antragsrecht des Jugendrats im Rat der Stadt und seinen Ausschüssen	22: Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsartikeln auf möglichst vielen öffentlichen Toiletten	23: Konkretisierung der Idee, an Zeche Hugo eine Multifunktions-Sport- und Veranstaltungsanlage zu errichten	24: Bereitstellung von digitalen Endgeräten für einkommensschwache Haushalte (z.B. Tablets für Schüler*innen und Studierende)

1: AfD	2: SPD	3: FDP	4: CDU	5: FDP	6: AfD	7: Grünen	8: FDP	9: Linke	10: Linke	11: SPD	12: CDU
13: FDP	14: CDU	15: Grünen	16: AfD	17: Linke	18: AfD	19: CDU	20: Grünen	21: SPD	22: SPD	23: Grünen	24: Linke